

KOMMENTAR

Wenn Politik,
dann richtig

Von Markus Sievers

Alles schien geregelt bei der angeschlagenen Technikfirma Aixtron. Da vollzieht Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) eine Kehrtwende und kassiert eine bereits erteilte Genehmigung für die geplante Übernahme. Dieses Vorgehen wirft kein gutes Licht auf die Bemühungen der Bundesregierung, Industriepolitik zu betreiben.

Zweifelslos gibt es zwar gute Gründe, sich Sorgen um den Abfluss von deutschem Know-how zu machen. Gerade die Chinesen haben immer wieder demonstriert, dass sie ein anderes Verständnis vom Wert geistigen Eigentums haben als westliche Länder. Wenn eine Regierung aber erst ihr Okay gibt und es dann wieder infrage stellt, zeigt sie nicht nur mangelnde Professionalität. Sie schürt auch die Unsicherheit mit den entsprechenden Folgen für das Unternehmen und seine Beschäftigten.

Schon beim Kauf des Münchner Maschinenbauers Kuka durch einen chinesischen Konkurrenten hatte Gabriel kein glückliches Händchen bewiesen. In wochenlangen Bemühungen gelang es nicht, deutsche Investoren für eine Gegenofferte zu begeistern. Auch im Fall Aixtron hatten Kapitalgeber aus Deutschland, Frankreich oder den USA die Gelegenheit, ihr Interesse zu bekunden. Bisher ist davon nichts zu vernehmen. So aber steht die Firma allein da und ohne die finanziellen Mittel, um in die Offensive zu gehen. Wenn Industriepolitik, dann bitte richtig. Seite 14

Lokführer
legen nach

GDL fordert auch
Nachwuchs-Tarifvertrag

Vor der zweiten Verhandlungsrunde mit der Deutschen Bahn AG hat die Lokführergewerkschaft GDL zusätzliche Tarifforderungen erhoben. Darunter seien „längst überfällige Regelungen“, sagte ein GDL-Sprecher. Ohne einen Nachwuchskräfte-Tarifvertrag werde es keinen Abschluss geben, drohte die Gewerkschaft vor dem für Dienstag in Frankfurt angesetzten Treffen.

Zudem will die GDL das gesamte Zugpersonal den Lokführern gleichstellen, wenn es um Schutzvorschriften bei einer dauerhaften Dienstunfähigkeit geht. Die Tarifrunde hatte vor zwei Wochen begonnen, als die GDL zunächst ihre Forderungen nach vier Prozent mehr Geld und verbesserten Arbeitsbedingungen vorgestellt hatte. dpa

Weniger, aber bessere Gründungen

In Deutschland werden Menschen immer seltener Unternehmer. Das sehen Experten mit Sorge. Dafür gewinnt das Gründungsgeschehen aber an Qualität

Von Anna Driftschröder

Die Gründungsmisere in Deutschland geht weiter. Die Zahl der Existenzgründer ist im vergangenen Jahr erneut gesunken. An Förderprogrammen und Gründerzentren mangelt es nicht, sagen Experten. Allerdings gebe es Aufholbedarf bei Bürokratie, Finanzierung und familiärer Unterstützung, um mehr angehende Unternehmer und insbesondere Unternehmerinnen zu Firmengründungen zu bewegen.

Der Gründergeist hierzulande ist schwach. 152.000 Existenzgründer weniger zählte die Bankengruppe KfW für das Jahr 2015 und verzeichnete damit einen Rückgang von 17 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dabei sind Gründer essentiell für eine funktionierende Volkswirtschaft. Sie sorgen dafür, dass etablierte Unternehmen sich ständig auf den Prüfstand stellen und das Beste aus sich herausholen. Damit stärken sie die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Wirtschaft. Allerdings kann eine gute Konjunktur das Gründungsgeschehen auch bremsen. Dies zeigt die aktuelle Entwicklung. Mit der immer besseren Beschäftigungslage lasse der Druck zur Selbstständigkeit auf Erwerbslose nach, heißt es im KfW-Gründungsmonitor.

Dies sieht auch Gründungsexperte Marc Evers vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) so. „Heute gibt es 48 Prozent weniger Gründungen als im Jahr 2004“, sagt er. „Das Gründungsinteresse hat sich über die Jahre praktisch halbiert, parallel zum Rückgang der Arbeitslosigkeit.“ Dementsprechend niedriger ist auch die Zahl der sogenannten Notgründer, die sich aus Mangel an Erwerbsalternativen selbstständig machen. Laut des KfW-Gründungsmonitors ging diese Zahl 2015 überproportional zurück. Bemerkbar macht sich dieser Rückgang auch in der niedrigen Anzahl an Gründern im Voll-



Frauen sind sehr interessiert am Gründen, wagen den Schritt dann aber häufig nicht.

erwerb, die im Vorjahr noch für einen Anstieg der Gründerquote gesorgt hatte und nun unter ihren bisherigen Tiefpunkt fällt.

Weiterhin schwächen die Auswirkungen des demografischen Wandels das Gründungsinteresse in Deutschland. So fallen in einer alternden Bevölkerung die gründungsstarken Jahrgänge zwischen 25 und 45 Jahren immer kleiner aus. „Sorgen macht uns die geringe Gründungsneigung

im internationalen Vergleich“, sagt Evers. Dort belege Deutschland unter den fortschrittlichen Industrienationen mittlerweile den letzten Platz. Nur vier bis fünf Prozent aller erwerbsfähigen Deutschen beschäftigen sich mit dem Thema Gründungen. Erfreulich ist jedoch, dass das Gründungsgeschehen strukturell an Qualität gewonnen hat. Jeder zweite Gründer machte sich 2015 selbstständig, weil ihn eine Ge-

schäftsidee dazu trieb (Chancengründer). 27 Prozent gründeten aus Mangel an Alternativen (Notgründer), 23 Prozent aus anderen Motiven. Vor fünf Jahren hielten sich Chancen- und Notgründer noch die Waage. Wie die Statistik zeigt, bringen Chancengründer im Durchschnitt häufiger Markterfolge hervor, beschäftigen häufiger Mitarbeiter und bestehen in der Regel länger im Markt als Notgründer.

Als einen weiteren Indikator dafür, dass die Gründungen an Qualität gewonnen haben, sieht Ökonomin Christine Volkmann von der Uni Wuppertal den Anstieg der Zahl innovativer Gründer. „Das lässt darauf schließen, dass sich die Infrastruktur für Unternehmensgründungen in Deutschland sehr positiv entwickelt hat“, sagt Volkmann. In den vergangenen 15 Jahren seien etwa 135 Lehrstühle für Entrepre-

neurship in den Universitäten und Fachhochschulen etabliert sowie zahlreiche Einrichtungen geschaffen worden, die Unternehmen auf den Weg der Existenzgründung bringen und sie dabei unterstützen. Ebenso gebe es viele Gründerzentren und öffentliche Förderprogramme wie beispielsweise „Exist“, ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). „Je stärker wir an der Förderung qualitativ hochwertiger Gründungen arbeiten, umso besser gelingt die Arbeitsplatzschaffung für das Land“, erklärt die Wirtschaftswissenschaftlerin.

Rheinland-Pfalz macht vor,
wie Gründungen beschleunigt
werden können

Unterrepräsentiert sind laut dem Institut für Mittelstandsforschung (IfM) in Bonn immer noch die Gründerinnen in Deutschland. Der Anteil der Frauen unter den Gründungen von gewerblichen Einzelunternehmen stagnierte in den vergangenen Jahren bei knapp 30 Prozent. Im KfW-Gründungsmonitor, der auch die freien Berufe mit abdeckt, liegt die Quote bei 43 Prozent. Evers sieht hier noch unausgeschöpftes Potenzial. „Viele Frauen sind gründungsinteressiert. Das zeigt sich an der hohen Zahl der Gespräche zur Selbstständigkeit, die die Industrie- und Handelskammern mit Frauen führen“, sagt Evers. Am Ende würden jedoch nur wenige tatsächlich den Schritt in die Selbstständigkeit wagen oder sich für eine Gründung im Nebenerwerb entscheiden. Grund dafür ist laut Evers sicherlich auch die Vereinbarkeit der unternehmerischen Selbstständigkeit mit der Familie, die besonders für Mütter immer noch eine Herausforderung darstellt.

Dabei passen ein eigenes Unternehmen und die Familie eigentlich gut zusammen. „Gründerinnen und Unternehmerinnen sagen ganz eindeutig, dass Beruf und familiäre Pflichten sich besser in der Selbstständigkeit vereinbaren lassen als im Angestelltenverhältnis, weil sie die Gestaltungshoheit über ihre Arbeitszeiten haben“, erklärt Iris Kronenbiter, Leiterin der bundesweiten Gründerinnenagentur (BGA), die Gründerinnen und Unternehmerinnen im Gründungsprozess berät. Wie die Unternehmerinnenstudie 2016 des Verbands deutscher Unternehmerinnen (VDU) kürzlich ergab, sei die Familiengründung sogar häufig der Auslöser für den Schritt in die unternehmerische Selbstständigkeit. Daher befürwortet der Verband die Pläne des Bundesgesundheitsministeriums, künftig für privatversicherte Selbstständige sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt eines Kindes Mutterschaftsgeld einzuführen. „Damit wird eine Schutzlücke für selbstständig tätige Mütter geschlossen“, erklärt die Präsidentin des VDU, Stephanie Bschor.

Um die Gründungsdynamik in Deutschland voranzutreiben, müssen die Rahmenbedingungen für Firmengründer angepasst werden, sagt Evers. Großes Verbesserungspotenzial sieht er bei der Bürokratie. Plant man beispielsweise in Berlin ein Restaurant zu eröffnen, müssen bis zu elf verschiedene Institutionen kontaktiert werden. Alle diese Schritte bei einer Institution zu bündeln, nach dem Motto „Alles aus einer Hand“, könnte den Gründungsprozess erleichtern und beschleunigen. Vorreiterland ist Rheinland-Pfalz, wo es möglich ist, aus einer Hand eine Gründungsberatung zu bekommen und anschließend direkt sein Gewerbe anzumelden. In puncto Finanzierung gelte es, Hürden im deutschen Steuerrecht zu beseitigen. Unternehmen wie innovative Start-Ups bräuchten mehr Möglichkeiten, um privates Beteiligungskapital zu akquirieren.

Verschärftes Bußgeld

Schummeln bei Hartz IV kann teuer werden

Von Thorsten Knuf

Die Jobcenter werden in Zukunft entschiedener gegen Hartz-IV-Empfänger vorgehen, die falsche Angaben über ihre tatsächlichen Vermögensverhältnisse machen. Wie die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg am Montag bestätigte, sind die lokalen Niederlassungen seit kurzem angewiesen, ihren Kunden noch genauer auf die Finger zu schauen: Demnach müssen Leistungsbezieher mit einer Geldbuße von bis zu 5000 Euro rechnen, wenn sie bei der Antragsstellung für Hartz IV beispielsweise Erbschaften oder Ersparnisse verschweigen. Bei leichten Vergehen können die Behörden nun Verwahrungsgelder von 55 Euro verhängen, bisher waren es 50 Euro.

Wer sich arm rechnet,
muss wegen Betrugs mit
Strafverfolgung rechnen

Würden „für die Leistung erhebliche Tatsachen vorsätzlich oder fahrlässig nicht, nicht richtig oder nicht vollständig“ angegeben, stelle dies eine Ordnungswidrigkeit dar und werde entsprechend geahndet, betonte die Behörde. Die Änderungen gelten für alle Anträge, die seit dem 1. August gestellt worden sind oder gestellt werden.

Für ehrliche Kunden der Jobcenter ändert sich durch die neuen Vorschriften aber nichts: Wer alle Tatsachen, die für Hartz IV von Belang sind, vollständig und ordentlich angibt, hat an dieser Stelle nichts zu befürchten.

Hintergrund für die härtere Linie der Behörde ist eine Änderung des Sozialgesetzbuches II aus dem vergangenen Sommer. Schon bisher konnten die Jobcenter Bußgelder verhängen, wenn ihre Kunden falsche Angaben über ihr Vermögen machten. Das galt allerdings nur bei laufendem Leistungsbezug – also etwa dann, wenn ein anerkannter Hartz-IV-Empfänger eine größere Summe Geld erbt und das dem Jobcenter verheimlichte. Mit der Gesetzesänderung wurde diese

Regelung nun auch auf Neuanträge ausgeweitet. Der Gesetzgeber habe insofern eine Regelungslücke geschlossen, sagte ein Sprecher der Bundesagentur. Im Bereich des Arbeitslosengeldes (Sozialgesetzbuch III) sei ein vergleichbarer Bußgeldtatbestand schon vor einigen Jahren geschaffen worden.

Wer sich beim Hartz-IV-Antrag arm rechnet, hat unter Umständen fortan sogar noch mehr zu befürchten als nur ein Bußgeld der Arbeitsverwaltung: Die Bundesagentur machte darauf aufmerksam, dass in diesen Fällen regelmäßig ein Betrugsverdacht vorliegen dürfte. „Für die weitere Verfolgung von Straftaten sind die Strafverfolgungsbehörden zuständig. Die Jobcenter geben daher diese Sachverhalte regelmäßig dorthin ab“, hieß es. Der relevante Strafrechts-Paragraf sieht für Betrug bis zu fünf Jahre Haft oder Geldstrafen vor.

Stellt die Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren aber ein, weil dem Antragsteller kein Vorsatz nachgewiesen werden kann, können die Jobcenter den Vorgang immer noch als Ordnungswidrigkeit ahnden und das Bußgeld verhängen. Weigert sich der Hartz-IV-Empfänger, dies zu zahlen, droht ihm Erzwingungshaft.



Hartz-IV-Empfängerin als Akteurin auf der Bühne

KÜCHE SCHNEIDEBRETT FÜR ORDNUNG BEIM KOCHEN



Wer hat in Sie investiert, wer nicht? Es sind in unserem Fall über 1200 Menschen, die über Vorbestellungen und jede Menge Vertrauen ganz konkret in uns investiert haben, während wir von allen Banken teilweise sehr schäbig hängen gelassen wurden.

Wo brennt es im Betrieb? Wir bereiten gerade alles für den Start eines neuen Produktes vor.

Joseph (I.) und Johannes Schreiter haben in Offenbach die Firma „Frankfurter Brett“ gegründet.

Wer braucht Sie?

Jeder, der gerne kocht. Wirklich jeder. Und auch alle, die nicht so gerne kochen. Das dürfte sich nämlich bald ändern.

Warum haben Sie gegründet?

Weil wir beide einfach ganz fürchterlich ungeeignet für einen regulären Arbeitsvertrag sind.

HÖREN DIENSTLEISTUNG FÜR DIE OHREN



Wer hat in Sie investiert, wer nicht? Der Glaube an uns selbst hat Berge versetzt. Unsere Kollegin, Kunden und Familie haben uns in der Idee bestärkt, diesen Weg zu gehen.

Wo brennt es im Betrieb? Bei unserem hohen Holzanteil im Ladenbau ist Feuer streng verboten.

Matthias Leppert (I.) und Thomas Weidmann haben das Homburger Hörhaus gegründet.

Wer braucht Sie?

Jeder Mensch, dem seine Ohren wichtig sind: Ob zum Schutz oder Ausgleich einer Beeinträchtigung.

Warum haben Sie gegründet?

Um selbstbestimmt die bestmögliche, individuellste und persönlichste Betreuung für unsere Kunden bieten zu können.

Was wollen Sie noch erreichen? Dass ein Hörtest so selbstverständlich ist wie die Inspektion beim Auto, und mit dem Vorurteil aufräumen, dass Hörgeräte alt machen.

DAS SAGT DIE JURY:

Die Jury hebt insbesondere den innovativen Dienstleistungscharakter des Angebots hervor, das ein Hörtraining, das Heranführen an wieder neue Hörerlebnisse und eine individuelle Beratung verbindet.

DER PREIS



Der Hessische Gründerpreis wird am 10. November in Bad Homburg verliehen. Er wird seit 2005 vom Hessischen Gründertag ausgelobt. Dieses Jahr gab es 96 Bewerbungen.

Die Frankfurter Rundschau ist Medienpartner des Hessischen Gründerpreises. Bis zur Preisverleihung berichten wir wöchentlich über das Thema Gründen und stellen die Finalisten vor. Heute: die innovativsten Gründungen. FR

ERNÄHRUNG GLUTEN- UND LAKTOSEFREI SCHLEMMEN

Jonas Berger und Joana Sandkuehler haben die Firma Nogla in Wiesbaden gegründet.

Wer braucht Sie?

Zunächst mal alle mit einer Glutenunverträglichkeit und/oder Laktoseintoleranz. Abgesehen davon natürlich alle Gourmets, Foodies, Schlemmer und Genießer!

Warum haben Sie gegründet?

Joana war selbst von einem Tag auf den anderen glutenintolerant. Beim Kochen und Backen war nun Kreativität gefragt. Freunde und Bekannte mochten unsere Rezepte und so kamen wir auf die Idee mit dem eigenen Laden.

Wer hat in Sie investiert, wer nicht?

Freunde und Familie wurden von Anfang an eingespannt, ob sie wollten oder nicht. Die Banken hatten da nicht so viel Lust...

Wo brennt es im Betrieb?



Vor allem in unseren Koch- und Backkursen, wenn Joana mal wieder was im Ofen vergisst.

Was wollen Sie noch erreichen?

Unser größtes Ziel haben wir bereits erreicht: Den eigenen Laden und zufriedene Kunden. Trotzdem wollen wir weiter wachsen.

DAS SAGT DIE JURY: Die Jury beeindruckt die Geschmackserlebnisse für Menschen, die bisher viele leckere Dinge nicht essen durften.

Hilfe für Milchbauern

Koalition einigt sich auf Bürgschaftsprogramm

Die große Koalition will den notleidenden Milchbauern unter die Arme greifen. Wie der SPD-Agrarexperte Wilhelm Priesmeier am Montag in Berlin mitteilte, haben sich Unionsparteien und Sozialdemokraten auf ein Maßnahmenpaket verständigt, das noch in diesem Jahr beschlossen werden soll. Dazu gehören unter anderem ein Bürgschaftsprogramm sowie eine Aufstockung der Hilfen der Europäischen Union.

Trotz leichter Erholung der Milchpreise hatten die Landwirte zuletzt nur durchschnittlich 23 Cent je Liter erhalten. Um die

Kosten zu decken, gelten jedoch mindestens 35 Cent als erforderlich.

Über das jetzt vereinbarte Bürgschaftsprogramm sollen Milchviehbetriebe Darlehen von bis zu 300.000 Euro beantragen können. Dabei übernimmt der Bund nach Priesmeiers Angaben die Hälfte der Ausfallbürgschaft.

Das laufende EU-Hilfsprogramm zur Reduzierung der Milchmengen soll zudem durch nationale Mittel um 58 Millionen Euro aufgestockt werden. Darüber hinaus sind steuerliche Entlastungen für die Milchbauern vorgesehen. dpa